

# Umweltallianz II Sachsen-Anhalt

## Gemeinsame Bilanz der Unterzeichner

2003 - 2007



Geschäftsstelle der Umweltallianz  
Ministerium für Landwirtschaft und  
Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt

Stand: 22.10.2007

### 1. Vorwort

Die Umweltallianz hat 1999 eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt begründet. Das Bündnis unterstützt die zukunftsfähige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes, die nur durch einen lang anhaltenden und selbst tragenden Aufschwung erfolgreich sein kann. Hierzu streben die Partner einen Interessensausgleich zwischen ökologischen Anforderungen und unternehmerischen Prämissen an.

Mit der Unterzeichnung der Umweltallianz II im Jahr 2003 konnten neue Akzente gesetzt werden. So steht die freiwillige Vereinbarung seitdem unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten und genießt damit höchste politische Priorität. Gemeinsame Verpflichtungen von Regierung und Wirtschaft dokumentieren die konsequent partnerschaftliche Ausrichtung der Kooperation. Wie ein roter Faden zieht sich dieses Prinzip durch den Vereinbarungstext und seine fünf Schwerpunkte.

Der Beirat für „Umwelt und Wirtschaft“ und die Geschäftsstelle der Umweltallianz beim Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt haben den Gestaltungsprozess wie schon in der ersten Verpflichtungsperiode kontinuierlich begleitet. Die vorliegende Bilanz informiert anhand ausgewählter Beispiele über wesentliche Ergebnisse der Umweltallianz II vom 02.07.2003 und gibt dabei auch einen Einblick in die Arbeitsweise des Bündnisses.

### 2. Ergebnisse

#### 2.1 Deregulierung und Entbürokratisierung

Im Bilanzzeitraum hat die Landesregierung unter Einbeziehung der Wirtschaft eine Reihe von **Deregulierungs- und Substituierungsvorhaben** im Umweltbereich initiiert und umgesetzt. Hervorzuheben sind die mit dem Zweiten und Dritten Investitionserleichterungsgesetz geschaffenen Erleichterungen. So wurden durch die Änderung des Abfallgesetzes die Verbringung von Abfällen in das Land Sachsen-Anhalt bzw. aus dem Land heraus vereinfacht und die Option dafür geschaffen, auf die Verbindlichkeitserklärung von Abfallwirtschaftsplänen zu verzichten.

Mit dem Beschluss des Landesentwicklungsplans als Verordnung entfällt das Gesetzgebungsverfahren, so dass notwendige Änderungen schneller realisierbar sind. Die Chancen für privatwirtschaftliches Engagement im Wasser- und Abwasserbereich sind mit der Neuregelung des Wassergesetzes gestiegen. Danach können die öffentlich-rechtlichen Körperschaften ihre hoheitlichen Aufgaben mittels einer Verordnung auf private Dritte übertragen.

Mit der Einrichtung von Ökokonten hat die Landesregierung im Naturschutz ein flexibles Handlungsinstrument geschaffen. Zur Verfahrensbeschleunigung tragen außerdem die Festsetzung der Genehmigungsfrist nach dem Naturschutzgesetz auf zwei Monate und die Aufnahme von Kriterien bei, deren Einhaltung analog zum Immissionsschutzgesetz einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Genehmigung zum Abbau von bestimmten Bodenschätzen festschreibt.

Zur **Straffung der Verwaltungsorganisation** für Genehmigungsverfahren hat im Jahr 2004 die Bildung des Landesverwaltungsamtes als zentrale Mittelinstanz geführt. Mit der Reform steht das zuvor in den Umweltbehörden der drei Regierungspräsidien angesiedelte Expertenwissen nun landesweit zur Verfügung. Die Qualität der Genehmigungspraxis konnte damit weiter verbessert werden.

Ein Vorzeigebeispiel für die **Reduzierung staatlicher Kontrolle** und die Übernahme von mehr Eigenverantwortung durch die Wirtschaft ist die im Oktober 2003 geschlossene Vereinbarung mit dem Mitteldeutschen Abfallwirtschaftsverband MAW e. V. zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung. Damit hat das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt erstmals den Vollzug einer Verordnung in die Selbstkontrolle durch einen Verband gelegt. Auch die unteren Abfallbehörden profitieren von der Reduzierung des Verwaltungsaufwandes.

Als Beitrag zur Wirtschaftsförderung und Verwaltungsvereinfachung hat das Land im September 2005 seine Gesetze und Verordnungen frei zugänglich ins Internet gestellt. Dieser **Online-Service** ist stets auf dem aktuellen Stand und bietet durch komfortable Suchfunktionen einen schnellen Einblick in geltendes Landesrecht.

## 2.2 Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes

Mit der freiwilligen **Teilnahme** an der Umweltallianz Sachsen-Anhalt dokumentieren derzeit 187 Unternehmen und Verbände ihre herausragenden Leistungen für den betrieblichen Umweltschutz. Die Mitgliederzahlen sind von Jahr zu Jahr kontinuierlich gestiegen. Die Gesamtbilanz weist seit Beginn der Umweltallianz II ein Plus von 72 Teilnehmern auf.

Stark engagiert ist der Handwerksbereich mit einem Anteil von fast 40 %. Aber auch die umsatzstärksten sachsen-anhaltischen Unternehmen wie die TOTAL Raffinerie Mitteldeutschland GmbH Spergau, die Dow Olefinverbund GmbH Schkopau und die SALUTAS Pharma GmbH Barleben sind zahlreich vertreten. Den vielfältigen Branchenmix der Mitglieder führen die Dienstleister (33 %) an, vor dem Maschinenbau und der Metallindustrie (16 %), der Chemischen Industrie (12 %) und der Abfall- und Recyclingwirtschaft (8 %).

Zu einem wertvollen Instrument hat sich der 2002 herausgegebene **Good-practice-Leitfaden** entwickelt. Viele Unternehmen setzen inzwischen die aufgezeigten Möglichkeiten um und nehmen mit ihren spezifischen Maßnahmen, beispielsweise zur Energieeinsparung, zum Einsatz nachwachsender Rohstoffe oder der Substitution gefährlicher Stoffe an der Umweltallianz teil. Die Anzahl der Unternehmen mit solchen Leistungen hat sich seit Juli 2003 fast vervierfacht.

In der Einführungsphase des Good-practice-Leitfadens 2003/2004 konnte das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt die ersten zwölf Unternehmen pilothaft bei der Ausarbeitung ihrer Beiträge für die Umweltallianz unterstützen. Inzwischen bietet das Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt interessierten Unternehmen kostenlose Beratungen an.

Weiter etabliert hat sich das 2001 eingeführte **Umweltsiegel des sachsen-anhaltischen Handwerks** mit aktuell 27 Teilnehmern. Zu einzelnen Schwerpunktthemen insbesondere der Beurteilung der umweltrechtlichen Situation haben die Handwerkskammern Halle (Saale) und Magdeburg Informationsmaterialien für ihre Unternehmen erarbeitet. Alle Siegelträger nutzen diesen freiwilligen Beitrag gleichzeitig als Zugangsvoraussetzung für die Mitgliedschaft in der Umweltallianz.

Seit 2004 können kleine und mittlere Unternehmen die geförderten **Beratungen zur Verbesserung der Umwelteffizienz** in Anspruch nehmen. Mit der Einführung dieses Fördertatbestandes im Beratungshilfeprogramm hat das Land die für das betriebliche Umweltmanagement wenig zweckmäßige Darlehensförderung abgelöst. Unterstützt werden die Einführung von Umweltmanagementsystemen nach EMAS, DIN EN ISO 14001 und dem Umweltsiegel des Handwerks sowie projektbezogene Umweltberatungsleistungen. Bisher hat das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 145 TEUR Zuschüsse für 44 Vorhaben bewilligt.

Weitere Impulse für eine vorsorgende und insgesamt nachhaltige Entwicklung konnten im Bereich der **Umweltforschung und Umwelttechnologieentwicklung** gesetzt werden. Im Bilanzzeitraum hat das Land insgesamt 8,1 Mio. EUR für entsprechende Projekte kleiner und mittlerer Unternehmen bereitgestellt. Im Mittelpunkt standen dabei die anwendungsorientierte Forschung und die wirtschaftliche Umsetzung innovativer Technologien im Rahmen von Verbundprojekten zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Konkrete Projekte sind auch Gegenstand der beiden **Rahmenvereinbarungen** mit der Gießereiindustrie und der Abfallwirtschaft, die im November 2003 bzw. Oktober 2005 mit neuen Zielstellungen fortgeschrieben werden konnten. Im Ergebnis sind der Leitfaden „Der umweltbewusste Gießereibetrieb“ sowie die Umweltkennzahlenanalyse in sieben Nichteisengießereien und sieben Eisen-, Stahl- und Tempergießereien des Landes entstanden. Außerdem wurden sieben Pilotvorhaben der Abfallwirtschaft mit insgesamt 2 Mio. EUR Zuschüssen von EU, Bund und Land gefördert.

Mit Unterstützung des Landes konnte das Institut für Weiterbildung und Beratung im Umweltschutz e.V. jährliche **Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen** zu für die Wirtschaft relevanten Umweltthemen anbieten. Im Operationellen Programm des Europäischen Sozialfonds für 2007 – 2013 ist eine Maßnahme zur umweltbezogenen Qualifizierung von Beschäftigten sowie zur Anpassungsfortbildung von Unternehmen und Arbeitskräften vorgesehen.

Unter der Internetadresse [www.emas-register.de](http://www.emas-register.de) haben die Industrie- und Handelskammern ein **Landesregister der ISO 14001-Betriebe** aufgebaut. Mit dieser für die Unternehmen freiwilligen Erfassung konnte Sachsen-Anhalt im Juni 2004 als erstes Bundesland die Transparenz des Systems weiter verbessern. Die Veröffentlichung der zertifizierten Betriebe soll außerdem die Attraktivität von Umweltmanagementleistungen und den Werbeeinfluss für die beteiligten Unternehmen erhöhen. Derzeit sind in dem Register 68 Unternehmen mit kontinuierlich steigender Tendenz aufgeführt.

## 2.3 Wirtschaftliche Belange in der Umweltpolitik

Hauptziel der Aktivitäten zur stärkeren Einbeziehung wirtschaftlicher Belange in die Umweltpolitik war die Vermeidung unnötiger Härten durch neue Vorschriften. In zahlreichen **gemeinsamen Initiativen** haben sich Landesregierung und Wirtschaft auf Ebene des Bundes und der EU für eine ausgewogene Berücksichtigung ökologischer Anforderungen und wirtschaftlicher Interessen eingesetzt.

Bei der Neugestaltung der europäischen Chemikalienpolitik konnten sachsen-anhaltische Positionen in die REACH-Verordnung eingebracht werden. Den Ausgangspunkt hierfür bildete die Übergabe der Hallenser Erklärung an die damalige EU-Umweltkommissarin, Margot Wallström, im Februar 2004. Im Ergebnis des sachsen-anhaltischen Modellvorhabens REACH mahnten die Allianzpartner im September 2006 gegenüber der EU weitere Nachbesserungen an.

Viel Arbeit wurde in die intensive Begleitung der Etablierung des Emissionsrechtehandels von der rechtlichen Seite bis hin zur Unterstützung der Unternehmen bei der Einführung des Systems investiert. Jüngstes Beispiel war der parlamentarische Abend in der Landesvertretung Berlin vom 8. November 2006. Mit wissenschaftlicher Verstärkung konnte die Umweltallianz die Parlamentarier und Vertreter der Bundesressorts für grundlegende Problemstellungen des Referentenentwurfs für das Zuteilungsgesetz sensibilisieren.

Einfluss genommen hat das Bündnis außerdem 2004 mit einem Positionspapier zur Stakeholder-Konsultation der EU-Kommission für die künftige Klimaschutzpolitik. Ein Schwerpunkt im Abfallbereich war der Rechtssetzungsprozess zur Verwertung von Abfällen auf oberirdi-

schen Deponien. Sowohl im Beteiligungsverfahren der Bundesregierung als auch im Bundesratsverfahren hat die Landesregierung die gemeinsam entwickelten Standpunkte vertreten.

Eine grundlegende Errungenschaft der Umweltallianz ist die **frühzeitige Beteiligung** der Wirtschaft bei der Erarbeitung von Umweltvorschriften, die bereits in der Entwurfsphase ansetzt. Bewährt hat sich in diesem Zusammenhang die Vorstellung von Referentenentwürfen und deren Hintergründe durch den fachlich zuständigen Abteilungsleiter und seine Referatsleiter. Bei der Umsetzung europäischer und bundesdeutscher Vorgaben wurde bewusst auf weitergehende ökologische Anforderungen zu Lasten der Wirtschaft verzichtet.

Eine erfolgreiche Plattform für die Debatte über die nationale und europäische Umweltpolitik bildeten die **Branchengespräche** insbesondere mit der Chemischen Industrie und der Abfallwirtschaft sowie der **Dialog** zwischen der Landesregierung und der Wirtschaft zum Emissionsrecht. Den Gesamtprozess kontinuierlich begleitet haben die **Arbeitsgruppen** Chemikalienpolitik, Emissionshandel und der Abfallwirtschaft.

#### **2.4 Stärkung der kooperativen Zusammenarbeit im Vollzug**

Zur Stärkung der kooperativen Zusammenarbeit im Vollzug haben die von den Allianzpartnern organisierten **Konferenzen und Tagungen** wie die Veranstaltungen zur Umsetzung des Umweltbonus, zu aktuellen Fragen des Umweltrechts oder zum Emissionsrecht handelnd maßgeblich beigetragen. Wesentliche Anliegen neben dem gegenseitigen Informationsaustausch waren der Abbau von Berührungspunkten und die Diskussion möglicher Problemfelder.

Auch in den **Arbeitskreisen Umwelt der Industrie- und Handelskammern** standen Fragen des Vollzugs regelmäßig auf der Tagesordnung. Im direkten Gespräch haben sich Wirtschaft und Behörden dabei intensiv über aktuelle Problemstellungen beispielsweise der Verwaltungsreform oder der Gewerbeabfallentsorgung sowie mögliche Lösungswege verständigt.

Verzichtet wurde auf das ursprünglich geplante **Hospitationsprogramm**, das Unternehmen und Behördenmitarbeitern jeweils Einblicke in die Arbeitswelt der anderen Seite ermöglichen sollte. Wegen der geringen Nachfrage erschien der Aufwand für einen solchen Austausch nicht gerechtfertigt. In der Regel sind die Vorgänge an bestimmte Mitarbeiter in den Behörden gebunden und diese den Unternehmen bestens bekannt.

#### **2.5 Schaffung von Anreizen für die Teilnahme an der Umweltallianz**

Eine besondere Anerkennung erfahren freiwillige Umweltschutzleistungen von sachsen-anhaltischen Unternehmen durch die Gewährung eines **Umweltbonus** in der einzelbetrieblichen Förderung. Mit der Aufnahme des Bonus in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im September 2003 bietet das Land Mitgliedern der Umweltallianz einen direkten monetären Vorteil. Für besonders umweltschonende Vorhaben können die Allianzteilnehmer damit eine um 5 % erhöhte Förderung erhalten.

Dieses Anreizinstrument ist bundesweit nach wie vor einzigartig. Mit der Absenkung der Mindestinvestitionssumme von 2,5 Mio. EUR auf 0,5 Mio. EUR konnten die Zugangsvoraussetzungen für den Umweltbonus im Februar 2005 deutlich verbessert werden. Der Genuss der Zusatzförderung hat den Investoren aus den Reihen der Umweltallianz im Berichtszeitraum fast 4 Mio. EUR zusätzliche Fördermittel beschert.

Der Besuch der Umweltallianzveranstaltungen in Sachsen-Anhalt war generell kostenfrei. Im Juni 2006 richteten die Industrie- und Handelskammern Sachsens und die sachsen-anhaltische Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau gemeinsam die Mitteldeutsche Chemikalienkonferenz REACH in Leipzig aus. Hier konnten die Umweltallianzmitglieder beider Länder eine um 40 % **ermäßigte Tagungsgebühr** erhalten – ein Novum für die sachsen-anhaltischen Unternehmen.

Mit dem **Preis der Umweltallianz Sachsen-Anhalt** 2006 sind die Bemühungen zur Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes und die Aktivitäten zur Öffentlichkeitsarbeit erheblich verstärkt worden. Partner und Teilnehmer des Bündnisses haben diesen neuen landesweiten Unternehmerwettbewerb ins Leben gerufen. Das Preisgeld in Höhe von 12.800 Euro wurde vollständig gesponsert durch drei Mitgliedsunternehmen der Umweltallianz, die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern.

Mit den beiden ersten **Empfängen der Umweltallianz** 2005 und 2006 konnte das Engagement der Mitglieder besonders gewürdigt werden. Der Meinungs-austausch und die Diskussion unter den Mitgliedern und Partnern haben maßgeblich zur Vertiefung der Umweltallianz beigetragen. Für die Teilnehmer bot sich die einmalige Gelegenheit, gleichzeitig mit dem Ministerpräsidenten als Schirmherrn der Umweltallianz und den Fachministern für Umwelt und Wirtschaft ins Gespräch zu kommen.

Nicht weiter verfolgt wurde das Vorhaben, Umweltallianzmitgliedern in Zusammenarbeit mit Bankinstituten **zinsgünstige Kredite** anzubieten. Das gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank hierzu geplante Umweltglobaldarlehen konnte nicht in die Praxis umgesetzt werden. Die möglichen zinswerten Vorteile waren nach Abzug der Durchleitungskosten letztendlich zu gering für die Entwicklung eines attraktiven Darlehensprogramms.

### **3. Fazit und Ausblick**

Die 1999 geschlossene Umweltallianz Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren weiter an Profil gewonnen und entfaltet heute Vorbildwirkung für andere Politikbereiche. Mit seinen Markenzeichen, dem Dialog zwischen den beteiligten Branchen und Unternehmen und den gemeinsam durchgeführten Projekten, dem Umweltbonus sowie dem Good-practice-Leitfaden punktet das Bündnis auch im Ländervergleich. Im Verhältnis zu den begrenzten personellen und finanziellen Mitteln kann die Umweltallianz eine beeindruckende Bilanz vorweisen.

Mit dem Abschluss einer neuen Umweltallianzvereinbarung im Sommer 2007 wollen die Bündnispartner die erfolgreiche Zusammenarbeit fortführen und weiter ausbauen. Nach acht Jahren der Kooperation haben sie sich vorgenommen, die Partnerschaft mit einer unbefristeten Vereinbarung auf eine noch solidere Basis zu stellen. Außerdem sollen die Kommunalen Spitzenverbände als Unterzeichner stärker als bisher beteiligt werden.